



Unruhen im Ruhr- und Rheintal-Gebiet

In Weimar werden Vorsichtsmaßregeln gegen einen Ueberfall der Spartaker getroffen; mehrere Botschafter ernannt

Nationale Trauer für Deutschland wird angeregt

Die United Press meldet: „Eine neue Revolution ist in Deutschland ausgebrochen; dieses geht aus eingelaufenen Depeschen hervor. Berichte aus Basel und Zürich zufolge sind in Westphalen Kämpfe zwischen Spartakern und Regierungstruppen im Gange; der ganze Ruhrdistrikt befindet sich in Händen der Aufständischen; der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Regierungstruppen und Spartakern wird in der Rheingegend stündlich erwartet. Bei Dorsten in Westphalen sind die Aufständischen geschlagen worden; in jenem Distrikt sind 30,000 Regierungstruppen konzentriert worden. Die Spartaker haben sich bei Düsseldorf und Oberhausen, im Rheintal, verschanzt.“

Berlin, 20. Febr.—Eine Konferenz von Sozialisten, Spartakern, Sozialisten und Radikalen, die sich zu keiner Partei bekennen, in Essen, auf welcher über die Inzenerierung eines allgemeinen Streiks konferiert wurde, erbat damit, daß sich die Sozialisten von der Konferenz zurückziehen. Die Regierung hat Kruppen nach dem Essen Distrikt geschickt; ein blutiger Zusammenstoß wird erwartet.

Berlin, 20. Febr.—Regierungstruppen, augenscheinlich einen Angriff der Spartaker erwartend, haben die Bahnhöfe und das Postamtgebäude in Weimar besetzt, sowie Artillerie und Minenwerfer an strategischen Punkten der Stadt platziert. So lauten hier eingetroffene Depeschen. Schwere Kämpfe sind in Westphalen ausgebrochen, und Gefechte in dem Rheintal scheinen nahe bevorstehend zu sein. In Westphalen spielten sich die Hauptkämpfe bei Metzinghausen, Dorsten und Welfenkirchen ab. In Dorsten bedienten sich die Regierungstruppen bei der Besetzung der über die Spitze führenden Brücke der Artillerie. Die Spartaker blinderten in Welfenkirchen Geschäftslokale und Privatwohnungen. Die Truppen wurden mittels Handgranaten gesprengt. Die heftigsten Verluste sollen in diesen drei Städten schwer sein. Revolutionäre halten Versammlungen im Freien ab, das Volk auffordernd, gegen die Regierung zu kämpfen. Es heißt, daß sich die Spartaker bei Düsseldorf und Oberhausen (sechs Meilen westlich von Essen) verschanzt haben.

Der Soldatenrat, welcher den ganzen Ruhr-Industriebezirk vertritt, hat mit einem allgemeinen Streik gedroht, falls die Regierung nicht die Forderungen bewilligt, die von den bescheidenden Mätern in einer in Essen abgehaltenen Versammlung gestellt wurden. Die Ursache zur Unzufriedenheit hatte in erster Linie der Befehl des kommandierenden Generals des Siebenten Armeekorps, den Korps-Soldatenrat in Minister aufzulösen, gegeben, weil er eine der Regierung feindliche Stellung einnahm. Es war die Wiedereinstellung des „Minister-Rats“ und die Entlassung des kommandierenden Generals v. Watten und seiner Stabschefs verlangte werden, und ihre Prozessierung durch ein von den Bezirksräten ernanntes Gericht. Außerdem wird jetzt die Zurückziehung aller Regierungstruppen aus dem Bezirk gefordert und von der Konferenz wurde ein Ausschuss ernannt und beauftragt, Verteidigungsmaßnahmen im Bezirk zu treffen, sowie zwei Offiziere des Generals v. Watten, die ihn vertreten hatten, als Geiseln festzuhalten. Die „Mätern“ im Ruhrbezirk stehen ganz unter der Kontrolle der Spartaker oder der radikalen Unabhängigen Sozialisten.

Nationaltrauer empfohlen.
Weimar, 20. Febr.—Depeschen, in welchen gegen die neuen Waffenstillstandsbedingungen protestiert wird, laufen bei der Nationalversammlung ein. In einer Depesche wird der Vorschlag gemacht, daß eine nationale Trauer angeordnet wird.

Deutsche Botschafter ernannt.
Basel, 20. Febr.—An einer De-

Deutsche Frauen drängten sich in Massen zur Wahlurne

Die neuesten Votzberichte zeigen, daß sie zielbewußt in der Politik vorgehen. — Bilder vom deutschen Wahlkampf. — Schweizer Zeitung über das „seige Spießbürgertum“.

von alters her den Ruf, besonders reizbaren Gemütes zu sein, wenn sie beim Redrathziehen den schwierigsten Weltproblemen grübelnd nachhängen.

Gelähmte Energie.
Stellen nun die deutschen Wahlgänger ein recht jämmerliches Ergebnis für die zahlenmäßige Inferiorität der Unabhängigen als Partei dar, so wirken sie geradezu niederschmetternd als Beweis für die durch Krieg und Revolution gelähmte Energie des deutschen Volkes, das von einem kleinen Bruchteil vorterritorialischer Elemente sich terrorisieren läßt, den es bei einer selbst nur mäßigen Anwendung von Willenskraft doch ziemlich rasch müßig händigen können. So sind selbst in den Hauptzentren des deutschen Volkstums, in Braunschweig, Hamburg, Bremen, Düsseldorf u. a., die Unabhängigen mit ihren spartakistischen Motenführern in verblüffender Minderheit geblieben. 3. P. in der Braunschweiger Spartaisten-Revolution, wo der wildgehörte Kampfsportler Merges, flankiert von einer chemischen Kupferarbeiterin als Vizepräsidentin, die Reichseinheit, statt sie berufsmäßig zusammenzuführen, schände durchlöcher, brachten es die Unabhängigen noch nicht auf ein Drittel der Stimmen, kaum 70,000 unter 210,000 abgegebenen. Noch drastischer sind die Wahlgänger in dem tollgeordneten Bremen, wo 11,000 Unabhängige 71,000 andere Stimmen gegen sich haben. In Düsseldorf, das unter ihrem Schreckensregiment zittert, terrorisieren sie mit 360,000 Stimmen 125,000 Gegner, und in Braunschweig wirkt es geradezu lächerlich, wenn man liest, daß die Unabhängigen dort mit nur 14,000 Stimmen gegen 430,000 gegnerische Stimmen bei der Wahl aus dem Rennen sind, bevor aber noch denlang diktatorisch das Regiment führen dürften.

Bürgertum in Angst.
Man ist einfach platt, wenn man aus diesen und ähnlichen weiteren Ziffern ersieht, wie völlig das deutsche Bürgertum, geführt durch seine Sozialdemokratie, durch ihre Vergangenheit, monatlich sich ratlos und tatlos von der tollkühn entschlossenen Angriffslust einer zahlenmäßig so kleinen Minderheit tyrannisieren ließ, von einer Minderheit, in der die Summe der Intelligenz doch selbst für eine proletarische Partei gering ist. Welche Zahl von Intellektuellen stellt dagegen allein die Sozialdemokratie ins Feld, von den Häupten ganz zu schweigen, da die rote Gewalt fortan als Ueberzeugungsmittel zu nirgendes mehr mitzuführen soll. Als zur Zeit Napoleons die Todesstrafe abgeschafft werden sollte, meinte allerdings Alphonse Karr: „Gewiß, die Herren Totschläger mögen damit beginnen.“

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich
Basel, Schweiz, 20. Febr.—Depeschen aus Wien bringen vollständige Berichte über das Resultat der am letzten Sonntag abgehaltenen Staatswahlen. Es wurden erwählt: 70 Sozialisten, 64 Christlichsoziale, 73 gehörten liberalen Parteien und anderen Gruppen an; 3 Kandidaten zählen zur feuerreichen Bauernliga; auch wurde ein Iseche erwählt. Die Wahlen verliefen ohne jeden Zwischenfall. In Wien haben die Sozialisten alle ihrer Führer erwählt. Sogar in Tyrol behielten die Sozialisten die Führung.

Japaner erhalten Bürgerrecht.
Philadelphia, 20. Febr.—Acht Japaner, angeworbene Leute der Ver. Staaten Marine, wurden im Bundesgericht naturalisiert. Es ist dies der erste Fall unter dem Gesetz vom 9. Mai 1918, das vorschreibt, daß alle im Dienst der Ver. Staaten stehenden Personen das Bürgerrecht erlangen müssen.

Kardinal Gibbons für Sparmarkten.
Washington, 20. Febr.—Kardinal Gibbons hat durch die Organisation für nationale Kriegesparnisse einen Appell erlassen, die Regierung in der Kampagne für die Kriegesparmarkten zu unterstützen. Er fordert die Priester der verchiedenen Kirchen auf, die Vermögungen auf's kräftigste fördern zu helfen.

Von den Arbeiten der Legislatur

Die Katholiken unterbreiten den Gesetzgebern ihre Einwendungen gegen die Schulbills.

Lincoln, 20. Febr.—Heute Vormittag hat im Haus die Debatte über Hausrolle No. 64, die amendierte Burney Bill begonnen, welche sich mit der Kontrolle der Pfarrschulen befaßt, und der Senate File 24, die die Sprachenfrage behandelt. Noch ist es zu früh über den Verlauf der Debatte zu berichten, und die allgemeine Annahme geht dahin, daß alle Vorlagen wieder an das Erziehungs-komitee zurückgewiesen werden, um weitere Änderungen zu erfahren.

Das Legislative Komitee der Katholiken hat am Mittwoch den Gesetzgebern ein Pamphlet unterbreitet, worin diese ihre Gründe auseinandersetzen gegen die amendierte Burney Bill. Es ist ein langes Dokument und können wir nur dessen Hauptpunkte erwähnen:

1. Die Burney Bill würde die Pfarrschulen unter vollständige Staatskontrolle stellen.
2. Der Unterrichtsplan würde von den öffentlichen Schulbehörden vorgeschrieben sein.
3. Die Lehrbücher der Pfarrschulen würden von den Schulbehörden bestimmt werden.
4. Die Pfarrschulen müßten die gleichen Einrichtungen haben wie die öffentlichen Schulen.
5. Der katholische Lehrplan würde dem Einfluß von 93 County-Superintendenten unterworfen sein.

Diese fünf Punkte werden dann näher beleuchtet. Die Katholiken seien nicht gegen eine teilweise Kontrolle ihrer Schulen durch die Staatsbehörden und hätten ein Amendement unterbreitet, mit dem sie sich zufrieden geben würden. Die Sprachenfrage sollte nicht mit der Frage der Pfarrschulen als solche verquitt werden, ebenfalls nicht die Frage des Tragens religiöser Gewänder und die Frage, ob Ausländer, Wähler oder Frauen als Lehrer fungieren dürften. Alle diese seien Separatfragen, die mit der Frage der Kontrolle der Schulen nichts zu tun hätten.

Im Haus fand Mittwoch eine große Debatte über Hausrolle No. 297 statt, welche den Verkauf von Zigaretten an Minderjährige verbietet, dagegen aber das jegliche Gesetz widersteht, das jeglichen Verkauf von Zigaretten unterjagt. Einige Gesetzgeber waren sehr stark gegen die Zigaretten. So jagte der Abgeordnete Maurer aus Oage County, daß Zigaretten ebenso schlimm wie Schnaps seien. Andere Gesetzgeber behaupteten, der Raubakt rief hinter der Vorlage, worauf wieder andere antworteten, „weil es sich um den Tritt um die Saag kümmern, wenn er trotz des jegigen Verbots, tiefe Massen von Zigaretten verkauft.“ Das jegliche Gesetz sollte widerrufen werden, weil es allgemein übertrieben wird. Die Abstimmung fand noch nicht statt.

Das Haus hat die Vorlage des Abgeordneten Porter von Douglas County verworfen, nach welcher die Schulen für alle öffentlichen Versammlungen der Bürger benützt werden könnten.

Senate File 93 dagegen, welche vorschreibt, daß alle Schulkinder in allen Schulen auf schadhafte Augen, Ohren und Zähne ärztlich untersucht werden müssen, wurde zur Annahme empfohlen.

Die Vorlage des Senators Sears, monach durch zu dem Jued befaßte Personen ein gewisser Unterricht über das Geschlechtsleben erteilt werden konnte, ist im Senat mit einer Stimme Mehrheit geschlagen worden. Die Senate File 198, monach der Staat das Recht haben soll, Bräuten zu sperren, besonders die Bräuten in Douglas County, um „Votleggers“ zu fangen, wurde zur Annahme empfohlen. Die Vorlage wurde auf Anraten des Gov. Westerbeie eingezogen.

Das Hauskomitee für städtische Angelegenheiten hat beschlossen, die Vorlage eines Amendements einzuziehen, welche Omaha das Recht gibt, eine städtische Wachtanlage zu errichten. Dies ist die von R. B. Howell geforderte Vorlage.

1000 Flaschen Bier konfisziert.
Davenport, Ia., 20. Febr.—Bundes- und Countybeamte machten eine Razzia im hiesigen Eagle Gebäude, wobei ihnen 1000 Flaschen Bier in die Hände fielen. Es heißt, das Bier war in den Lodge Raum von Dade betretelassen worden.

Offizielle Berichte der Konferenz-Anschüsse

Arbeit geht nur langsam voran; Sympathiezeugungen für Clemenceau; Präsident Wilson sendet die seinen drahtlos

Vorbereitungen zum Empfang des Präsidenten

Präsident Wilson fondolirt.
An Bord des U. S. George Washington, 20. Febr.—Präsident Wilson hat die folgende Depesche an Staatssekretär Lansing abgeschickt mit dem Erlauben, sie dem Ministerpräsidenten Clemenceau zukommen zu lassen: „Bitte übermitteln Sie Herrn Clemenceau meine tiefgefühlte Sympathie und meine Freude, daß er dem Rode entronnen. Aufrichtig hoffe ich, daß der Bericht, monach er nur leicht verwundet ist, auf Wahrheit beruht. Die Nachricht von dem Angriff auf ihn hat mich tief erschüttert.“

Empfangspläne für den Präsidenten
Boston, 20. Febr.—Alle Pläne für den Empfang des Präsidenten Wilson sind nunmehr vervollständigt worden; Änderungen sind dem Gutachten des Privatsekretärs des Präsidenten, Herrn Lummis, überlassen worden. Das Präsidentenschiff mag bereits Sonntag eintreffen, jedoch wird Herr Wilson erst Montag landen, da er am Sonntag keine Demonstration wünscht. Alle Kriegsschiffe, die hier stationiert sind, und drei andere Schiffe, auf welchen sich die Spitzen der Behörden und das Empfangskomitee befinden, werden den Präsidenten einholen. Sechs Zeritörer sind dazu aussersehen, dem Präsidentenschiff entgegen zu fahren. Sobald George Washington in den Hafen einläuft, werden 29 Patrolschiffe alle anderen Schiffe von dem Präsidentenschiff fern halten. Mayor Peters, Generalmajor Edwards und Admiral Woods werden das Schiff sobald es unter Quarantäne geht, besteigen. Im Copley Plaza Hotel wird der Präsidenten-Weisgequartier nehmen; Montag Abend wird er in Medians Hall eine Rede halten. Die Nachfrage nach Einlasskarten ist riesig.

Paris, 20. Febr.—Nachstehende Berichte über die Arbeiten der verschiedenen Ausschüsse der Friedenskonferenz wurden bekannt gegeben: „Der dritte Untersuchungsausschuss der Kommission, dessen Aufgabe darin besteht, festzustellen, wer die Verantwortung für den Krieg trägt, hatte gestern eine Konferenz. Bei Eröffnung derselben sprach der Vorsitzende von W. F. Masfen den Wunsch aus, dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau wegen des auf ihn verübten Attentats namens der Anwesenden seine kieste Sympathie auszudrücken. Er legte die Hoffnung, daß Clemenceau bald wieder hergestellt sein und seinen Platz am Friedensstisch einnehmen wird.“

Major F. Brown Scott, Delegat der Ver. Staaten, sagte, daß Frankreich und die ganze Welt zu beglückwünschen sei, daß dem Attentäter die Tat nicht gelungen.

Delegat Karneade sprach namens Frankreich dem Vorsitzenden und Mayor Scott gegenüber Dank für die warmen Worte der Sympathie aus.

„Die erste Konferenz des Untersuchungsausschusses für Internationalisierung von Häfen, Wasserstraßen und Bahnen fand am Dienstag um 3 Uhr nachmittags im Gebäude des Ministeriums für öffentliche Arbeiten statt. Anstalten über zwei unterbreitete Vorschläge wurden ausgetauscht. Weitere Beratungen werden in der Freitagsitzung stattfinden.“

Die verschiedenen Regierungen wie auch die Arbeitgeber und die arbeitenden Klassen sollen bei der Versammlung der jährlich tagenden Arbeiter-Konferenz vertreten sein, wie der hier ausgegebene offizielle Bericht besagt: Die neunte Versammlung der Kommission für internationale Gesetzgebung für die Arbeiter wurde im Arbeitsministerium unter dem Vorsitz von Sam Compters abgehalten. Die Besprechung der Maßnahme, welche in dem britischen Vorschlag für die Versammlungen der jährlichen Konferenz enthalten war, wurde fortgesetzt. Die Kommission einigte sich in dem britischen Vorschlag, mit dem Amendements, welche von der belgischen Delegation in Vorschlag gebracht worden waren, worin bestimmt wird, daß bei der jährlichen Konferenz die Regierung eines jeden Staates durch zwei Delegaten vertreten sein sollen, von welchen jeder ein Stimmrecht haben soll, während von jedem Staate ein Delegat in Vertretung der Arbeitgeber vorhanden sein soll mit dem Rechte einer Stimmabgabe und ein Delegat, welcher die arbeitenden Klassen vertreten und auch das Recht einer Stimme haben soll.

Reating freigegeben.
New York, 20. Febr.—Scott Reating, ehemaliger Professor an der Universität von Pennsylvania und der Toledo Universität, sozialistischer Kandidat für Kongreß, wurde gestern von den Beschworenen des Bundesgerichts von der Anklage, anrüchliche Schriften geschrieben zu haben, freigesprochen. Reating führte seine Verteidigung vor Richter Mauer selbst. Er erklärte, daß seine Artikel lediglich ein Ausdruck seiner Meinung gewesen seien und daß ihm die Verfälschung des Rechts, seiner Meinung Ausdruck zu verleihen, garantierte.

Wetterbericht.
Für Omaha und Umgegend—Unbestimmtes Wetter heute abend und Freitag, mit Schnee heute abend; etwas kälter heute abend.

befehle aus Weimar heißt es, daß Professor Heinrich Kammass, Oesterreichs Minister-Präsident, sobald die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland zur Tatsache geworden ist, zum Vorkämpfer für die Ver. Staaten ernannt werden wird. Der Majoritätssozialist Edward Bernstein soll Vorkämpfer in London und Theodor Wolff, Redakteur des Berliner Tageblatts, Vorkämpfer in Paris werden.

Graf von Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in den Ver. Staaten, sagte, es sei höchst unwahrscheinlich, daß er ein Mitglied der deutschen Friedensdelegation sein werde. Der Graf erklärte, er erwarde, als Leiter eines Büros, das Daten für die deutschen Friedensdelegation sammelt, in Berlin zu bleiben und in Abwesenheit des Ministers des Auswärtigen, der ein Friedensdelegat sein wird, als Manager der deutschen Regierung zu fungieren.

Ex-Kaiser wieder krank.
Amsterdam, 20. Febr.—Der frühere deutsche Kaiser soll mit einem schweren Ödemleiden behaftet sein. So lautet eine Depesche aus Amsterdam.

Clemenceaus Befinden zufriedenstellend
Paris, 20. Febr.—Premier Clemenceau befindet sich den Umständen nach wohl. Dr. Grauff's Bulletin kündigt an, daß er von 3 Schüssen getroffen, von denen einer nur wirklich traf, die anderen zwei durch den Leberrock gingen. Die Wunde ist im rechten Schulterblatt, kein Nier. Die Kugel sitzt nahe dem Niergrate, doch da weder Knochen noch große Blutgefäße getroffen wurden, wird eine Operation wohl nicht nötig werden. Offiziell verlautete heute morgen nichts, doch heißt es, daß der Patient eine ruhige Nacht hatte und daß keine bösen Folgen soweit sich bemerkbar gemacht haben.

Emile Cottin, der Attentäter, brach gestern abend sein Schweigen. Er erklärte, er sei ein „individuelle r Französischer Anarchist“ und betrauerte Clemenceau als „einen Feind der Arbeiter.“

Er hat sich erst kürzlich einer anarchistischen Gesellschaft angeschlossen, deren Versammlungen zu besuchen er begonnen hatte. Er war zum Militär, gleich zu Anfang des Krieges, ausgehoben, aber bald eines Herzfehlers wegen entlassen worden. Darauf arbeitete er in einer Aufschiffabrik, wurde jedoch wegen Faulheit und Unfähigkeit nach 3 Monaten entlassen. Seitdem ist er in einer Möbelfabrik beschäftigt gewesen. Er ist 3 Male verheiratet worden, weil er Soldaten zur Insubordination aufgehetzt hatte.

Sekretär Lansing machte seinen Besuch in der Residenz Clemenceaus, um „die tiefe Sympathie des amerikanischen Volkes und seiner Wilson auszudrücken.“ In's Hotel zurückgekehrt, erklärte er, daß die Arbeit der Friedenskonferenz von Clemenceau so vortrefflich arrangiert worden sei, daß der Fortschritt in keiner Weise durch das Attentat gehemmt werden würde. Besonders wichtige Sachen könnten dem Premier ohne Verzug vorgelegt werden.

London, 20. Febr.—Die britische Presse sieht in dem Attentat auf Premier Clemenceau einen Ausbruch von „Bolschewismus“. Die Morgenzeitungen führten eine Epithemie von Attentaten und befürworteten internationale Zusammengehören gegen Anarchisten. Die „Daily News“ nennt das Attentat „toller Hund“ Politik.

Für Nebraska—Unbestimmtes Wetter heute abend und Freitag, mit Schnee im äußersten östlichen Teile heute abend. Kälter heute abend.

Für Iowa—Unbestimmtes Wetter mit Schnee heute abend und im östlichen Teile Freitag. Etwas kälter in westlichen Teile heute abend.

Nationaltrauer empfohlen.
Weimar, 20. Febr.—Depeschen, in welchen gegen die neuen Waffenstillstandsbedingungen protestiert wird, laufen bei der Nationalversammlung ein. In einer Depesche wird der Vorschlag gemacht, daß eine nationale Trauer angeordnet wird.

Deutsche Botschafter ernannt.
Basel, 20. Febr.—An einer De-

batte über Hausrolle No. 297 statt, welche den Verkauf von Zigaretten an Minderjährige verbietet, dagegen aber das jegliche Gesetz widersteht, das jeglichen Verkauf von Zigaretten unterjagt. Einige Gesetzgeber waren sehr stark gegen die Zigaretten. So jagte der Abgeordnete Maurer aus Oage County, daß Zigaretten ebenso schlimm wie Schnaps seien. Andere Gesetzgeber behaupteten, der Raubakt rief hinter der Vorlage, worauf wieder andere antworteten, „weil es sich um den Tritt um die Saag kümmern, wenn er trotz des jegigen Verbots, tiefe Massen von Zigaretten verkauft.“ Das jegliche Gesetz sollte widerrufen werden, weil es allgemein übertrieben wird. Die Abstimmung fand noch nicht statt.

Das Haus hat die Vorlage des Abgeordneten Porter von Douglas County verworfen, nach welcher die Schulen für alle öffentlichen Versammlungen der Bürger benützt werden könnten.

Senate File 93 dagegen, welche vorschreibt, daß alle Schulkinder in allen Schulen auf schadhafte Augen, Ohren und Zähne ärztlich untersucht werden müssen, wurde zur Annahme empfohlen.

Die Vorlage des Senators Sears, monach durch zu dem Jued befaßte Personen ein gewisser Unterricht über das Geschlechtsleben erteilt werden konnte, ist im Senat mit einer Stimme Mehrheit geschlagen worden. Die Senate File 198, monach der Staat das Recht haben soll, Bräuten zu sperren, besonders die Bräuten in Douglas County, um „Votleggers“ zu fangen, wurde zur Annahme empfohlen. Die Vorlage wurde auf Anraten des Gov. Westerbeie eingezogen.

Das Hauskomitee für städtische Angelegenheiten hat beschlossen, die Vorlage eines Amendements einzuziehen, welche Omaha das Recht gibt, eine städtische Wachtanlage zu errichten. Dies ist die von R. B. Howell geforderte Vorlage.

1000 Flaschen Bier konfisziert.
Davenport, Ia., 20. Febr.—Bundes- und Countybeamte machten eine Razzia im hiesigen Eagle Gebäude, wobei ihnen 1000 Flaschen Bier in die Hände fielen. Es heißt, das Bier war in den Lodge Raum von Dade betretelassen worden.

Kardinal Gibbons für Sparmarkten.
Washington, 20. Febr.—Kardinal Gibbons hat durch die Organisation für nationale Kriegesparnisse einen Appell erlassen, die Regierung in der Kampagne für die Kriegesparmarkten zu unterstützen. Er fordert die Priester der verchiedenen Kirchen auf, die Vermögungen auf's kräftigste fördern zu helfen.

Japaner erhalten Bürgerrecht.
Philadelphia, 20. Febr.—Acht Japaner, angeworbene Leute der Ver. Staaten Marine, wurden im Bundesgericht naturalisiert. Es ist dies der erste Fall unter dem Gesetz vom 9. Mai 1918, das vorschreibt, daß alle im Dienst der Ver. Staaten stehenden Personen das Bürgerrecht erlangen müssen.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich
Basel, Schweiz, 20. Febr.—Depeschen aus Wien bringen vollständige Berichte über das Resultat der am letzten Sonntag abgehaltenen Staatswahlen. Es wurden erwählt: 70 Sozialisten, 64 Christlichsoziale, 73 gehörten liberalen Parteien und anderen Gruppen an; 3 Kandidaten zählen zur feuerreichen Bauernliga; auch wurde ein Iseche erwählt. Die Wahlen verliefen ohne jeden Zwischenfall. In Wien haben die Sozialisten alle ihrer Führer erwählt. Sogar in Tyrol behielten die Sozialisten die Führung.

Reating freigegeben.
New York, 20. Febr.—Scott Reating, ehemaliger Professor an der Universität von Pennsylvania und der Toledo Universität, sozialistischer Kandidat für Kongreß, wurde gestern von den Beschworenen des Bundesgerichts von der Anklage, anrüchliche Schriften geschrieben zu haben, freigesprochen. Reating führte seine Verteidigung vor Richter Mauer selbst. Er erklärte, daß seine Artikel lediglich ein Ausdruck seiner Meinung gewesen seien und daß ihm die Verfälschung des Rechts, seiner Meinung Ausdruck zu verleihen, garantierte.

Wetterbericht.
Für Omaha und Umgegend—Unbestimmtes Wetter heute abend und Freitag, mit Schnee heute abend; etwas kälter heute abend.

Nationaltrauer empfohlen.
Weimar, 20. Febr.—Depeschen, in welchen gegen die neuen Waffenstillstandsbedingungen protestiert wird, laufen bei der Nationalversammlung ein. In einer Depesche wird der Vorschlag gemacht, daß eine nationale Trauer angeordnet wird.

Deutsche Botschafter ernannt.
Basel, 20. Febr.—An einer De-